

## Fragen und Antworten an den Hauptausschuss der Bezirksversammlung Altona bezüglich der Sitzung am Donnerstag, den 12.11.2015

### TO 1 Öffentliche Fragerunde:

Herr Andreas Grutzeck hat den Vorsitz, da Herr Frank Toussaint verhindert ist.

Frau Dr. Liane Melzer vertritt das Bezirksamt.

Herr Thomas Adrian (SPD) möchte unsere Fragen nicht zulassen, da es in der TO keinen TOP „Sieversstücken, Rissen 45“ gibt. Nachdem sich alle anderen Parteien bereit erklären, unsere Fragen zu beantworten, lenkt die SPD ein. Alle Parteien beantworten unsere Fragen –soweit sie können- dann ausführlich.

Beantwortung der Fragen für die SPD: Ilona Schulz-Müller, CDU: Uwe Szczesny, Grüne: Gesche Boehlich, FDP: Lorenz Flemming, Die Linke: Robert Jarowoy, AfD: Dr. Claus Schülke.

### Fragen von Herrn Jörn Steppke:

- 1. Die Bezirke wurden gebeten, Flächen mit einer Größe von 8 Hektar zu nennen, auf denen der Bau von jeweils bis zu 800 Wohnungen möglich ist. Der Bezirk Altona hat in diesem Zusammenhang die Fläche Rissen-Suurheid/Sülldorf gemeldet.**

**Sind der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, bzw. der verantwortlichen Stelle, vom Bezirk weitere, bzw. alternative Flächen gemeldet worden?**

- SPD: es wurden keine weiteren Flächen gemeldet. 3500 Flüchtlinge für Rissen 45 zu viel.
- CDU: es wurde eine private Fläche gemeldet, die aus Datenschutzgründen nicht genannt werden kann.
- CDU/Grüne: es sind bisher keine städtischen Flächen in der Diskussion.
- Grüne: Gespräche über weitere Flächen laufen, Rissen reicht nicht aus. Bei dieser Bebauung gibt es im Gegensatz zu den nicht dauerhaften Flächen (Containerstandorte) eine Mitsprache.
- FDP: das Gebiet in Rissen ist ohne Abstimmung gemeldet worden und wird nicht von der FDP getragen, FDP sieht andere Flächen
- Die Linke: Verteilung der ZEAs über alle Stadtteile nicht möglich, aber Folgeunterbringung muss dezentral erfolgen, es sollen keine neuen Ghettos entstehen. Brachliegende Flächen, z.B. an der Stresemannstraße könnten genutzt oder leerstehende Immobilien beschlagnahmt werden.

Die Bezirksamtsleitung Frau Dr. Melzer korrigierte ihre Aussage, wonach eine Fläche von 8 ha zu benennen war auf Hinweis CDU, dass eine oder mehrere Flächen mit einer Gesamtfläche von 8 ha benannt werden sollten. In einem Beschluss der Bezirksversammlung wird das Bezirksamt aufgefordert wird, mögliche weitere Flächen nur nach vorheriger Information der Fraktionen zu benennen. CDU: In diesem Sinne möge sich das Bezirksamt bitte bemühen, zügig andere Flächen im Bezirk zu finden.

- 2. Hamburg muss nach dem Königsteiner Schlüssel 2,53 % der in Deutschland Asylsuchenden aufnehmen. Sollte es einen Königsteiner Schlüssel auf auch auf Bezirksebene für Hamburg geben?**

- SPD: eine Verteilung analog des Königsteiner Schlüssels gibt es in Hamburg nicht und sollte auch nicht eingeführt werden. Die Verteilung muss im Einzelfall entschieden werden.
- CDU: z.Zt. gibt es ca. 41.000 Flüchtlinge in Hamburg, nach dem Königsteiner Schlüssel muss Hamburg ca. 18.000 bis 19.000 Flüchtlinge aufnehmen
- Grüne: Anwendung des neuen Asylverfahrensrechts wird hoffentlich zu einer Einhaltung des Königsteiner Schlüssels auf Bundesebene führen. Es gibt keine Pläne für eine systematische Verteilung innerhalb Hamburgs. Es sollte keinen Königsteiner Schlüssel für den Bezirk Altona geben.

**Sollte es aus Sicht der Ausschussmitglieder eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen auf Bezirksebene geben?**

- SPD, CDU, Grüne, FDP, Linke: keine Antwort
- AfD: diese Frage wurde mehrfach durch die AfD gestellt, aber es gibt keine Antwort durch die anderen Parteien, Diskussion muss wohl erst auf Bundesebene geführt werden

Fragen von Frau Dr. Kamlah (VIN-Rissen):

**1. Erweiterung von Sieversstücken Plus/ Sieversstücken (SII)**

**Welche der von der Bezirksversammlung im Juni geforderten flankierenden Maßnahmen (Spielflächen, Schul- und KITA-Plätze, Aufstockung der Ehrenamtlichen, medizinische Versorgung, Erweiterung Busverkehr) für SII sind in den letzten 5 Monaten verwirklicht worden?**

- SPD: Bezirksamt ist im Gespräch mit Schulbehörde, KITA und Ehrenamtlichen.
- CDU: Sozialausschusses ist für diesen Aufgabenbereich zuständig ist.

**Hält es der Hauptausschuss für notwendig, dass diese flankierenden Maßnahmen umgesetzt sein sollten, bevor SII bezogen wird?**

- SPD: es kann nicht abgewartet werden bis die Infrastruktur steht, muss parallel aufgebaut werden
- AfD: Umsetzung zeitgleich notwendig

**Wäre es aus Sicht der Ausschussmitglieder sinnvoll, die Erweiterung von Sieversstücken abzuwarten bevor über eine weitere Ansiedlung von Flüchtlingen auf dem direkten Nachbargrundstück (Rissen 45) nachgedacht wird?**

- SPD: Nein
- Die Linke: Eine weitere Ansiedlung von Flüchtlingen neben Sieversstücken I und II ist keine gute Idee.
- AfD: erst Sieversstücken abwarten, bevor weitere Ansiedlung von Flüchtlingen

**Wie schätzen die Ausschussmitglieder das Risiko ein, dass das m.E. bisher durchweg positive Meinungs-/ Stimmungsbild der Rissener Bürger bzgl. der Flüchtlingsunterstützung bei einer Ansiedlung von mehreren 1000 Flüchtlingen auf dem Nachbargrundstück, kippen könnte?**

- AfD: Das positive Meinungsbild könnte kippen. Obergrenzen werden von der AfD schon lange gefordert, das ist aber ein Tabuthema. Keine Antworten von den anderen Parteien.

**2. Rissen 45/Sülldorf 22:**

**Welchen Charakter hat die Bauplanung für Rissen 45? Neuer B-Plan, Befreiung vom B-Plan, oder Planung ohne Rechtsgrundlage ?**

- SPD: noch nicht klar, Befreiung vom B-Plan angedacht. Am 11.11. sind Sprecher der Fraktionen über die Planung in Rissen 45 informiert worden
- CDU: Charakter der Planung des Bezirksamtes wird am 18.11. vorgestellt  
Es soll wohl vom bestehenden B-Plan ausgehend eine Rechtsgrundlage geschaffen werden.
  - Es gibt 2 Alternativen:
  - 1. Bebauung nach § 246 bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung
  - 2. Befreiung vom B-Plan bei Wohnungsbau
- GRÜNE: Es solle ein geordnetes Planungsverfahren geben, d.h. nicht über §246 BauG sondern über eine Befreiung. Eine Planung im rechtsfreien Raum wird abgelehnt.
- FDP: Es gibt einen Parteitagsbeschluss der FDP zu Rissen 45, dass eine Bebauung nur auf Grundlage des bestehenden Baurechts erfolgen soll, ggf. im Rahmen einer Befreiung. Bebauung sei noch ganz weit weg.
- Linke: Es sollte eine Befreiung vom B-Plan für hochwertigen Wohnungsbau für Schutzsuchende und hiesige Wohnungslose geben. Insbesondere die Infrastruktur (Schulen, Kita) muss ausreichend berücksichtigt werden

**Das Verfahren für das neue „Vorfahrtsrecht für Flüchtlingswohnungsbau“ scheint bisher nicht geklärt sein. Eine Senatsdrucksache dazu sollte am 10.11.2015 herausgegeben werden.**

- SPD: gibt bisher keine Senatsvorlage
- CDU: die Senatsdrucksache liegt im Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft. Der §246 ist nach Auffassung von Herrn Szczesny wahrscheinlich nicht verfassungswidrig
- GRÜNE: es gibt einen Entwurf, der in der BSW im Planungsausschuss liegt
- FDP: es gibt keine Senatsdrucksache, das neue Vorfahrtsrecht für Flüchtlings-Wohnungsbau muss ohnehin erst noch in die Bürgerschaft. Rechte müssen eingehalten werden

**Welche Gremien der Bezirksversammlung sind in die Änderung/Neufassung des B-Planes Rissen 45/Sülldorf 22 bzw. das Schnellbauverfahren involviert?**

- SPD: Zuständige Gremien: Bezirksamt Altona, Bezirksversammlung mit den Ausschüssen: Hauptausschuss, Planungsausschuss, Bauausschuss

**Soll die Sitzung des Planungsausschusses der Bezirksversammlung Altona am 18. 11. 2015 zugleich eine öffentliche Anhörung im Sinne des Bauplanungsrechts, sein?**

Alle Parteien bestätigen auf ausdrückliche Nachfrage von Fr. Dr. Kamlah, dass es sich nicht um eine öffentliche Anhörung im Sinne eines rechtlichen Planungsschrittes handelt, sondern um eine erste Information der Bürger. Anwohner können sich äußern. Grüne: Wir sollen abwarten, der 18.11. wird nicht die letzte Veranstaltung zu Rissen 45 sein.

Dr. Liane Melzer:

1.Ablauf

- wie bei einer Anhörung
- Vorstellung der Pläne
- Fragen der Bürger dazu (ca. 2 Stunden)
- Zusammenfassung der Parteien was Sie als Anregung mitnehmen
- wie bei einer Anhörung

2.Teilnehmer

- Wohnungsbaukoordination der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
- Landeschulrat oder sein Vertreter
- Flüchtlingsbeauftragter
- Bezirksamt

**In welcher Weise wird der Öffentlichkeit und den inzwischen hunderten Unterstützern von VIN-Rissen Gelegenheit gegeben, sich inhaltlich auf die Informationsveranstaltung/Anhörung vorzubereiten?**

- SPD lehnt das rechtzeitige Bekanntmachen der Pläne u.a. mit der Begründung ab, dies würde einen Präzedenzfall schaffen und dann ggf. auch bei anderen Projekten im Bezirk eingefordert werden würde, das wäre „gefährlich“. Sowie den Hinweis, es handelt sich um eine Senatsplanung und Senatspläne wären nicht öffentlich.
- CDU: Es findet keine öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen statt, da das Amt generell nicht vorab informiert.

- FDP: weist darauf hin, dass es sich bei der Planung bisher nur um einen Senatsbeschluss handelt (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft; Drucksache 21/1838 vom 3.11.2015), der noch überhaupt nicht von der Bürgerschaft diskutiert und beschlossen wurde. Das Bezirksamt solle nicht zu tun als ob alles schon klar sei. FDP setzt sich dafür ein, dass die Rechte der Bürger genauso wie die Rechte der Flüchtlinge berücksichtigt werden.
- Die Linke: Die Pläne sollten vorher ausgelegt werden.

Die Information über die derzeitige Planung sollte damit ursprünglich erst direkt bei der Veranstaltung bekanntgegeben werden, d.h. damit wäre keine Vorbereitung der Bürger möglich gewesen. Nach Diskussion und Antrag der CDU, die Information bereits am 16.11. ins Netz zu stellen wird das Bezirksamt ‚versuchen‘ die Planung vorher, am 18.11. morgens ins Netz zu stellen. Lt. Frau Dr. Melzer ‚ändert sich der Plan fast täglich‘. Einwand CDU: kann ja mit Hinweis auf „Vorläufigkeit der Planung – Stand 16.11.“ veröffentlicht werden. Da der Saal im in der Aula Iserberg erst um 18.00 zur Verfügung steht, kann ein Aushang erst ab 18.00 Uhr erfolgen.

Jörn Steppke und Christine Kamlah, 13.11.2015